



## Krankenhäuser werden in die Zange genommen

- Die Betriebskosten wurden gedeckelt.
- Die Länder haben die Investitionsförderung teilweise drastisch gekürzt.



## Folgen der Deckelung

- Unterfinanzierung,
- Tariffucht,
- Outsourcing,
- Privatisierung,
- Personalabbau
- 100.000 Stellen in den Krankenhäusern abgebaut,
- davon 50.000 in der Pflege
- 1 Mio. mehr Patientinnen und Patienten

**6,7 Mrd. € fehlen**



## Bundeskabinett beschloss am 24. September 2008

3,21 Mrd. Euro mehr  
für die Krankenhäuser

Davon ist nur ein Teil „neu“.



Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

5

## Die Krankenhäuser erhalten bereits nach geltendem Recht im Jahr 2009

- Rund 1 Mrd. Euro aufgrund der Budgetsteigerung von 1,41 Prozent,
- 200 Mio. Euro höhere Einnahmen bei der Behandlung von Beamtinnen, Beamten und Privatpatienten aus Mitteln der privaten Krankenversicherung,
- 230 Mio. Euro durch den Wegfall des sogenannten Sanierungsbeitrags für die Krankenkassen (0,5 Prozent Abzug bei jeder Krankenhausrechnung).

**1,43 Mrd. €**



Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

6

## Gesetzentwurf der Bundesregierung Mit dem neuen Gesetz erhalten die Krankenhäuser zusätzlich

- 1,35 Mrd. Euro für die anteilige Tariflohnerhöhung der Jahre 2008 und 2009 – zusammengefasst im Jahr 2009,
- 220 Mio. Euro jeweils für die Jahre 2009, 2010 und 2011 für ein neues Förderprogramm zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals,
- 60 Mio. Euro für die Psychiatrischen Krankenhäuser zur Verbesserung der Personalausstattung,
- 150 Mio. Euro für Praxisanleitung in der Ausbildung.

**1,78 Mrd. €**



Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfoegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

7

## Gesetzentwurf der Bundesregierung Tariferhöhungen zur Hälfte ausgeglichen

- So weit die Tariflohnerhöhungen 2008 und 2009 die Veränderungsrate von 1,41 Prozent überschreiten, werden sie im Jahr 2009 zur Hälfte ausgeglichen.
- Sie werden im jeweiligen Landesbasisfallwert berücksichtigt,
- wirken als Basiserhöhung auch für die Folgejahre,
- entlasten die Krankenhäuser 2009 um etwa 1,35 Mrd. Euro.

### **Problem:**

- Krankenhäuser müssen die andere Hälfte durch Einsparungen im Sach- oder Personaletat realisieren.
- Lebensmittel- und Energiekosten stark gestiegen.



Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfoegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

8

## Gesetzentwurf der Bundesregierung Förderprogramm für Pflegepersonal

- Auf drei Jahre befristete Förderung der Einstellung von ausgebildetem Pflegepersonal in den Krankenhäusern,
- 2009 bis 2011 jährlich bis zu 0,48 Prozent Zuschlag zum Budget eines Krankenhauses, wenn Neueinstellungen erfolgen.
- Gefördert werden 70 Prozent der Personalkosten.

### **Problem:**

- Krankenhäuser, die zusätzliche Mittel von 30 Prozent der Personalkosten nicht aufbringen können, erhalten die Mittel nicht.



## Gesetzentwurf der Bundesregierung Orientierungsverfahren soll den Deckel ersetzen

- 2010 soll ein Orientierungswert des Statistischen Bundesamtes, eine Art Warenkorb für die Krankenhäuser, die strikte Budgetierung ablösen.
- Das Bundesgesundheitsministerium entscheidet, wie viel vom Orientierungswert die Krankenhäuser erhalten.
- Das kann von 0 % bis 100 % reichen.

### **Die Folge:**

- Der Deckel wird nur etwas gelüftet.
- Die Krankenhäuser erhalten keine Planungssicherheit.
- Falls 0 % gegeben werden, ist das schlechter als heute!



## Drei ver.di-Forderungen zur Nachbesserung des Gesetzentwurfs

**Tarifsteigerungen ganz**  
**Neue Stellen vollständig**  
**Orientierungswert komplett**



Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

11

## 1. ver.di-Forderung Tariferhöhung vollständig ausgleichen

- Vollständiger Ausgleich der Tarifsteigerung 2008 und 2009
- Das sind 1,35 Mrd. Euro mehr.



Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

12

## 2. ver.di-Forderung Förderprogramm Pflege

- Vollständige Finanzierung der 21.000 Stellen aus dem Förderprogramm der Bundesregierung
- Das sind für die Jahre 2009, 2010 und 2011 jeweils 100 Mio. Euro mehr.



## 3. ver.di-Forderung Budgetierung durch „Krankenhaus- Warenkorb“ ersetzen

- Verbindlicher Umstieg von der Budgetierung auf einen „Krankenhaus-Warenkorb“ ab 2010.
- Ziel: Veränderungsrate vollständig ablösen
- Durchschnittliche jährliche Steigerung der Krankenhausausgaben wird voll refinanziert.
- Fallzahlentwicklung, medizinischer Fortschritt und Steigerung der Personal- und Sachkosten werden berücksichtigt.

### Hinweis:

- Die Kosten für unterschiedliche Betriebsorganisation werden hierbei nicht subventioniert.



## Krankenhäuser werden in die Zange genommen

- Die Betriebskosten wurden gedeckelt.
- Die Länder haben die Investitionsförderung teilweise drastisch gekürzt.



## Folgen der Investitionslücke

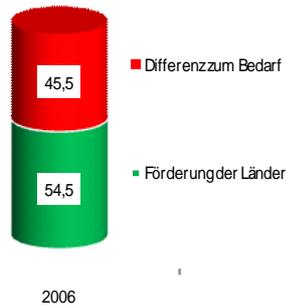
- 50 Mrd. Investitionsstau.
- Gebäude sind baulich nicht auf die heutigen medizinischen und organisatorischen Konzepte ausgelegt.
- Rationalisierungsmöglichkeiten können nicht ausgeschöpft werden.
- Hohe Belastung für Personal und Patienten durch bauliche Mängel.



## Investitionsmittel der Länder für die Krankenhäuser und Lücke zum Bedarf

Gesetzliche Pflicht:  
Die Länder müssen 100% fördern.

Die Realität:  
Die Länder finanzieren nur die Hälfte der erforderlichen Mittel für den Erhalt und die Modernisierung der Krankenhäuser.



2006



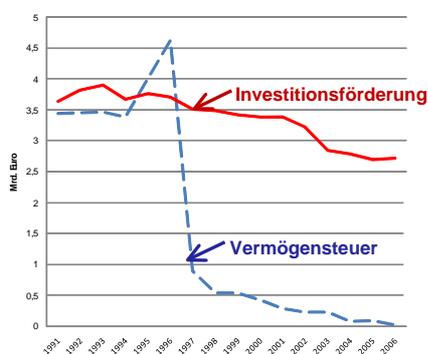
Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

## Seit Abschaffung der Vermögenssteuer kommen die Länder ihrer Verpflichtung zur Investitionsförderung immer weniger nach

Entwicklung der Krankenhausinvestitionen und der Einnahmen aus Vermögenssteuer der Länder  
Deutschland alle Bundesländer insgesamt



### Krankenhausinvestitionen 2006:

Deutschland alle Bundesländer insgesamt:

Ist-Fördermittel 2006 2.722.000.000 Euro  
je Fall 162 Euro

Fördermittel-Bedarf (ohne Investitionsstau)  
5.000.000.000 Euro  
je Fall 297 Euro

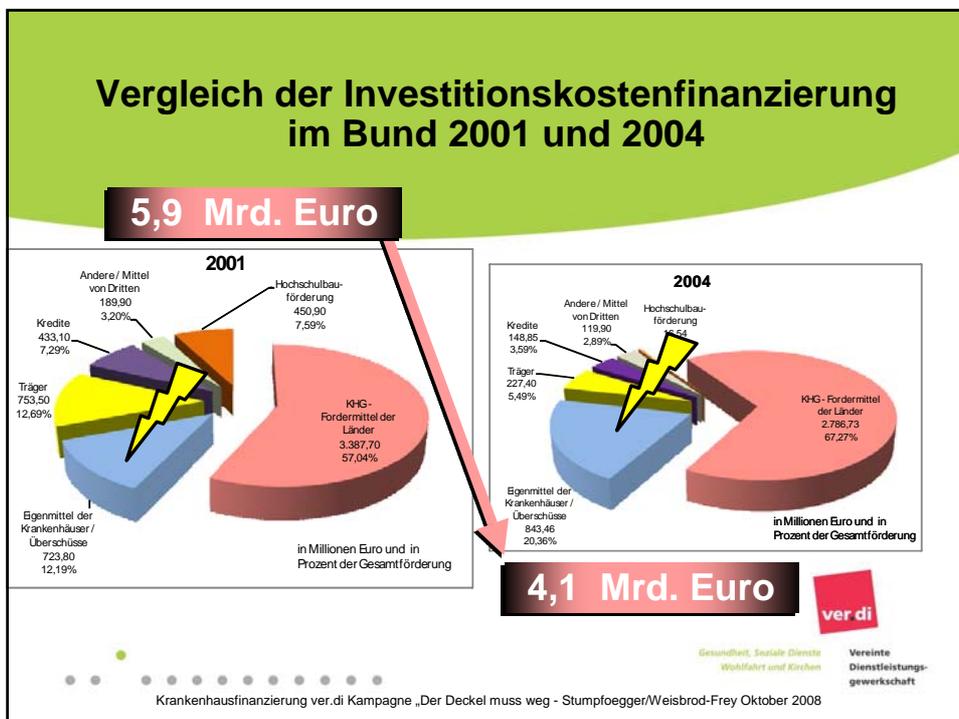
Es fehlen 2.277.800.000 Euro  
je Fall 135 Euro



Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen

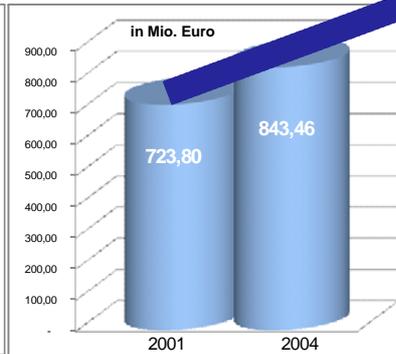
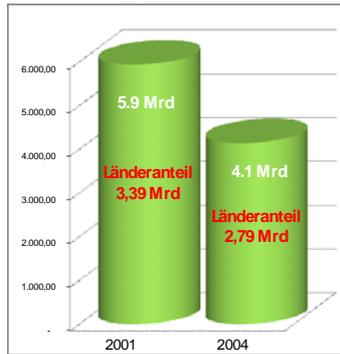
Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008



## Krankenhausinvestitionen insgesamt

## Eigenmittel der Krankenhäuser insgesamt



2008 ?

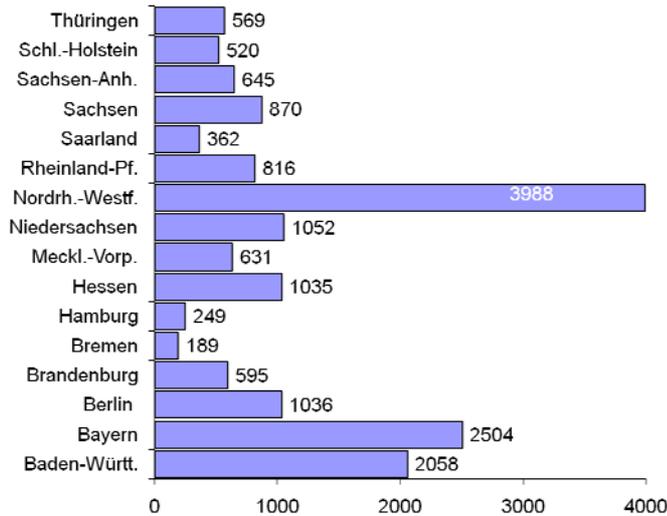


Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte  
Dienstleistungsgewerkschaft

Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

## Verlorene Stellen wegen der Investitionsverweigerung



Um die dringendsten Investitionen durchzuführen, zweigten die Krankenhäuser 2004\* aus ihren Erlösen für die Krankenversorgung 850 Mio. Euro ab. Das sind 20,4 % der gesamten Krankenhausinvestitionen oder der Gegenwert für **17.000 Stellen\*\***

\* neuere Zahlen liegen nicht vor  
\*\* Pflege und andere Gruppen



Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte  
Dienstleistungsgewerkschaft

Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

## Zwei ver.di-Forderungen an die Länder

Krankenhäuser müssen wieder investieren können, damit sie am medizinischen Fortschritt teilhaben und ihre Leistungen in hoher Qualität zur Verfügung stellen können.

Die Mittel müssen – wie gesetzlich vorgeschrieben - von den Ländern bereit gestellt werden.



## 1. ver.di-Forderung an die Länder Fördermittel auf das erforderliche Maß anheben

- Angleichung der Fördermittel der Länder auf einen Durchschnitt von 297 Euro / je Fall.\*
- Vereinbarung der Dynamisierung des Betrags.
- Durch die sachgerechte Landesfinanzierung werden in den Häusern Investitionsmittel in Höhe von jährlich mind. 850 Mio. frei, die bisher aus den Betriebskosten finanziert wurden.
- Damit könnten 17.000 Stellen wieder finanziert werden.

\* Diese Förderquote empfiehlt die Arbeitsgruppe Krankenhauswesen der Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) und das Gutachten von Rürup/IGES im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums.



## 2. ver.di-Forderung an die Länder Länder sollen für den Nachteil aus dem Investitionsstau aufkommen

- An Häuser mit großem Investitionsstau sollen die Länder solange Zuschüsse zu den Betriebskosten zahlen, wie das Krankenhaus seine Betriebsabläufe mangels Investitionen nicht optimieren kann.
- Bis 1992 wurde ein solcher Personalmehraufwand berücksichtigt und aus den Mitteln der Krankenkassen bezahlt.
- Nach Einführung der Budgetierung 1993 konnten diese Kosten nur eingeschränkt, mit Einführung der DRG 2004 gar nicht mehr geltend gemacht werden.

Die Kosten müssen von den Ländern, nicht von den Versicherten der Krankenkassen getragen werden!



Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfoegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

25

## Wer soll das bezahlen? (Krankenversorgung)

- Der Krankenversicherungsbeitrag muss wegen der ver.di-Forderungen nicht steigen.
- Die erforderlichen Mittel könnten weitgehend ohne Belastung der Versicherten zur Verfügung gestellt werden, wenn der Bund die Verschiebebahnhöfe zu Lasten der Versicherten beseitigt:



Der Bund hat den Versicherten Lasten von 5 Mrd. Euro jährlich aufgebürdet (z.B. Absenkung der Bemessungsgrundlage für Arbeitslose und bei Renten).



Der Bund zahlt für ALG II-Empfänger/innen monatlich 118 Euro an die Krankenkassen. Die tatsächlichen Ausgaben liegen bei 250 Euro.

*Die Anhebung auf 250 Euro würde 4,5 Mrd. Euro Mehreinnahmen für die Krankenversicherung bedeuten.*

**9,9 Mrd. € = 1 Beitragssatzpunkt**



Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfoegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

26

## Wer soll das bezahlen? (Investitionen)

- Für die Aufbringung der Landesmittel besteht schon jetzt eine gesetzliche Verpflichtung, die jedoch von den Ländern nicht erfüllt wird.
- Insbesondere kommen sie ihrer Pflicht seit Abschaffung der Vermögenssteuer (reine Ländersteuer) nicht mehr ausreichend nach.
- Die Länder müssen wieder gesetzestreu handeln.
- Wiedereinführung der Vermögensteuer



## Rückblick: Erste Erfolge

- 20. Mai Ulla Schmidt stellt auf dem Ärztetag in Ulm fünf Punkte zur Verbesserung der Krankenhausfinanzierung vor
- Juni Die Bundesgesundheitsministerin will 21.000 neue Stellen für das Pflegepersonal im Krankenhaus schaffen
- 2./3. Juli Gesundheitsminister/innen von Bund und Ländern beraten ordnungspolitischen Rahmen und Krankenhausfinanzierung
- 4. Juli Bundesrats-Entscheidung zur Verbesserung der finanziellen Situation der Krankenhäuser
- 22. Aug. Referentenentwurf von Ulla Schmidt
- 10. Sept. Pflegegipfel bei Ulla Schmidt
- 24. Sept. Kabinett beschließt Gesetzentwurf  
... einen Tag vor der Großdemonstration!





**Die Demonstration  
der 130.000 in Berlin  
hat bei der Politik  
Eindruck gemacht.**

Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

Verdi  
Diensteleistungs-  
gewerkschaft

29



**Wir sind stärker geworden!**

30

**Berlin ist überall!**  
**Aktionswoche der Krankenhäuser**  
**in den Regionen 17.11.-20.11.**  
**Jetzt mit örtlichen Bündnispartnern vorbereiten**

mit allen Abgeordneten im Wahlkreis über die finanzielle Situation der örtlichen Krankenhäuser und die ver.di Forderungen zur Nachbesserung des Gesetzentwurfs sprechen.

- Die Krankenhausbeschäftigten geben keine Ruhe. **Berlin ist überall! Aktionswoche** der Krankenhäuser in den Regionen 17.11.-20.11. und 24.-28.11.
- Jede/r Abgeordnete der Regierungsparteien im Bundestag muss sich mit unseren Forderungen auseinandersetzen und entscheiden:
  - Für oder gegen die Krankenhäuser,
  - für oder gegen die Bedürfnisse von einer Million Beschäftigten,
  - für oder gegen die Interessen von 17 Millionen Patientinnen und Patienten, die jedes Jahr in Krankenhäuser müssen.

Gesundheit, Soziale Dienste  
 Wohlfahrt und Kirchen  
 Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
 31

Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfoegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008

**Danke für die**  
**Aufmerksamkeit**

Leserbriefe, Leserbriefe, Leserbriefe schreiben!  
 Über Erfahrungen im Krankenhaus schreiben unter  
[www.krankenhaus-sorgen.de](http://www.krankenhaus-sorgen.de)  
 ver.di Kampagne zur Krankenhausfinanzierung  
[www.der-deckel-muss-weg.verdi.de](http://www.der-deckel-muss-weg.verdi.de)  
 Aktuelles zum Gesetzgebungsverfahren und Gesundheitspolitik  
<http://www.verdi.de/gesundheitspolitik>  
 Auf kleinem Raum geballte Information per e-mail:  
 Der Newsletter@Gesundheitspolitik - Bestellen mit leerer Email  
 an: [gk02-news-subscribe@lists.verdi.de](mailto:gk02-news-subscribe@lists.verdi.de)

Gesundheit, Soziale Dienste  
 Wohlfahrt und Kirchen  
 Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Krankenhausfinanzierung ver.di Kampagne „Der Deckel muss weg - Stumpfoegger/Weisbrod-Frey Oktober 2008